

Aus der Vergangenheit lernen! Für eine lebendige Demokratie, gegen Neofaschismus und Rassismus!

Das Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen ist nicht nur Rostockern, sondern fast weltweit ein Begriff, nachdem im August 1992 die Bilder von Feuer und Panik um die Welt gingen.

1992 - Da brannten ganze Hausaufgänge und Menschen mussten um ihr Leben bangen. Der Unmut über unhaltbare Zustände im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden machte sich Luft. Zu lange wurden die Mißstände ignoriert und die Verantwortung zwischen der Stadt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern hin und her geschoben.

Später eskalierte die Situation und es kam zu den menschenfeindlichen Übergriffen eines gewaltbereiten Mobs auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende (ZAST), das angrenzende Wohnheim vietnamesischstämmiger ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter und die Polizei. Unten auf der Straße standen gaffende Zuschauer und klatschten Beifall.

Es waren unsere Nachbarn, die aus den Flammen flüchten mussten. Sie waren nach Rostock gekommen, weil wir sie in der DDR als "Vertragsarbeiter" brauchten. Andere waren vor den politischen Zuständen in Jugoslawien geflohen. Sie alle lebten unter uns. Und das unter unhaltbaren Zuständen. In den Häusern gab es Platz für 300 Menschen, zeitweilig lebten dort bis zu 650, einige von ihnen völlig unversorgt, quasi auf der Straße. Das alles in einer Situation, in der alles im Umbruch war und Zukunftsängste wuchsen. Die vermeintlich "Fremden" wurden zu Sündenböcken für vieles, was schief lief. Und kurz nach den menschenfeindlichen Übergriffen wurde die Asylgesetzgebung der Bundesrepublik verschärft.

An diesem Tag im Sommer eskalierte die Gewalt und entlud sich an Unschuldigen. Was dann folgte, muss bleibende, mahnende Erinnerung sein: sensationssüchtige Medien, die die Stimmung noch anheizten, völlig überforderte Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Beifall klatschende Menschen auf der Straße, die den rechten Mob noch unterstützten. Die Rostocker Bevölkerung verfolgte geschockt und überwiegend passiv die bürgerkriegsähnlichen Vorgänge aus sicherer Distanz. Nur wenige zeigten damals Mut und stellten sich schützend zu den Bedrohten.

So etwas darf sich nicht wiederholen! Deshalb gehen wir auf die Straße! Rassismus ist ein Alltagsphänomen und es ist allerhöchste Zeit, sich mit den Strukturen auseinanderzusetzen, die diesen ermöglichen, und Aufklärungsarbeit zu gewährleisten.

Wir gehen auf die Straße, um an den August 1992 zu erinnern, und zu mahnen. Rechten Parolen und Gewalttaten, wie sie immer noch geschehen, setzen wir unsere zivilgesellschaftliche Courage und unser demokratisches Miteinander entgegen. Wir sagen NEIN zu Rassismus und Gewalt!

Schluss mit Extremismusklauseln in der Aufklärungsarbeit. Schluss damit, dass restriktive Massnahmen gegen vermeintlichen linken Terror ergriffen werden, Menschen aber weiterhin aus rassistischen Gründen verfolgt und ermordet werden.

NEIN zu RASSISMUS statt dessen: SOLIDARITÄT mit den Opfern!

Wir fordern:

- Konsequente Ahndung rassistischer Äußerungen und Handlungen!
- Unverzügliche und lückenlose Aufklärung der rassistischen NSU-Morde!
- Kritische Auseinandersetzung mit Rassismus in allen Facetten!
- Auflösen aller Nazistrukturen, NPD- und Kameradschaftsverbot!
- Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!
- Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung Asylsuchender!
- Schluss mit der diffamierenden und ausgrenzenden „Integrationsdebatte“!
- Stärkung und Entkriminalisierung antirassistischer und antifaschistischer Arbeit!

Für ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und solidarisches Zusammenleben!

BETEILIGT EUCH AN DER DEMO AM 25. AUGUST 2012, 14.00 UHR IN ROSTOCK, LÜTTEN KLEIN,
WARNOWALLEE.

WIR SIND VIELE!

Unterstützer: